



Landgericht Offenburg

Landgericht Offenburg, [REDACTED]

Datum: 02.03.2021

Durchwahl: 0781 933-1111

Aktenzeichen: **2 O 182/20**

(Bitte bei Antwort angeben)

Rechtsanwälte

Gansel

[REDACTED]
[REDACTED]

In dem Rechtsstreit

[REDACTED] ./ Volkswagen AG
wg. Schadensersatzes

Ihr Zeichen:

[REDACTED]

Sehr geehrte Damen und Herren Rechtsanwälte,

anbei erhalten Sie eine beglaubigte Abschrift des Urteils vom 01.03.2021 und eine Abschrift des Urteils vom 01.03.2021.

Mit freundlichen Grüßen

Auf Anordnung

[REDACTED]

Justizfachangestellte

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten bei deren Verarbeitung durch die Justiz nach Artikel 13 und Artikel 14 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung finden sich auf der Internetseite des Gerichts unter dem Menüpunkt „Service“ / „Informationen zum Datenschutz in der Justiz“. Auf Wunsch übersenden wir diese Informationen auch an Verfahrensbeteiligte in Papierform. .

Az.: 2 0 182/20



Landgericht Offenburg

Protokoll

aufgenommen in der öffentlichen Sitzung des Landgerichts Offenburg, 2. Zivilkammer, am Montag, 01.03.2021 in 0.005

Gegenwärtig:

Richterin am Landgericht Dr. Doll
als Einzelrichterin

Von der Zuziehung eines Protokollführers gern. § 159 Abs. 1 ZPO wurde abgesehen.

In Sachen

■■■■■■■■■■ ./.. Volkswagen AG
wg. Schadensersatzes

erscheinen bei Aufruf der Sache:

1. Klägerseite:

- Kläger ■■■■■■■■■■
- Prozessbevollmächtigte Gansel

2. Beklagtenseite:

- Beklagte Volkswagen AG
- Prozessbevollmächtigter ■■■■■■■■■■ .

Die Einzelrichterin verkündet

folgendes

Urteil

unter Bezugnahme auf den Urteilstenor gemäß § 311 ZPO

Dr. ■■■■
Richterin am Landgericht

Im Namen des Volkes

Urteil

_____, _____
- _____ -

Rechtsanwälte **Gansel**, Wallstraße 59, [REDACTED], Gz.: [REDACTED]

Volkswagen AG, vertreten durch d. Vorstand, d. vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Herbert
Diess, Berliner Ring 2, 38440 Wolfsburg
- Beklagte -

Rechtsanwalt [REDACTED], Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, [REDACTED],
80335
[REDACTED], Gz.: [REDACTED]

hat das Landgericht Offenburg - 2. Zivilkammer - durch die Richterin am Landgericht Dr. Doll als Einzelrichterin aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 04.01.2021 für Recht erkannt:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an den [REDACTED] 19.379,22 EUR nebst Zinsen in Höhe von 5% über dem Basiszinssatz seit dem 13. Dezember 2019 zu zahlen. Die Verurteilung erfolgt Zug-um-Zug gegen

- Herausgabe des Fahrzeugs der Marke VW vom Typ Golf VI 2.0 TDI Cabrio mit der FIN [REDACTED] nebst zwei Fahrzeugschlüsseln, Kfz-Schein und Serviceheft,
- Übertragung des Anwartschaftsrechts an dem Fahrzeug,
- Abtretung etwaiger Herausgabeansprüche an dem Fahrzeug und dem Fahrzeugbrief gegenüber der Volkswagen Bank GmbH aus dem Darlehensvertrag Nr. 1056611388, welchen der [REDACTED] mit der Volkswagen Bank GmbH am 12. Januar 2018 hinsichtlich des vorgenannten Fahrzeugs geschlossen hat.

Es wird festgestellt, dass sich die Beklagte mit der Annahme der genannten Zug-um-Zug-Leistung in Annahmeverzug befindet.

Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

2. Von den Kosten des Rechtsstreits haben der [REDACTED] 20% und die Beklagte 80% zu tragen.
3. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar, für den [REDACTED] jedoch nur gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des zu vollstreckenden Betrags. Der [REDACTED] kann die Vollstreckung der Beklagten durch Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des aufgrund des Urteils vollstreckbaren Betrags abwenden, wenn nicht die Beklagte vor der Vollstreckung Sicherheit in Höhe von 110 % des zu vollstreckenden Betrags leistet.
4. Der Streitwert wird auf 23.686,19 € festgesetzt.

Tatbestand

Der [REDACTED] macht Ansprüche gegen die Beklagte geltend unter Berufung auf den sog. „VW-Abgasskandal“.

Bei der Beklagten handelt es sich um die Volkswagen AG, vertreten durch den Vorstand. Die in [REDACTED] wohnhafte Klagepartei kaufte am 18. Januar 2018 bei dem [REDACTED] in [REDACTED] den Gebrauchtwagen des Typs Volkswagen vom Typ Golf VI 2.0 TDI Cabrio mit der FIN [REDACTED], mit einem Kilometerstand von 8.173 km zu einem Kaufpreis von insgesamt 27.00,01 € brutto (Anlage K 1 und 1a). Der Kaufpreis wurde über ein zinsloses Darlehen bei

der Volkswagen Bank GmbH finanziert. Der im streitgegenständlichen Fahrzeug verbaute Motor des Typs EA 288 - Euro 6 ist das Nachfolgemodell des Motors Typ EA 189. Der EA 189 machte im Jahre 2015 unter dem Begriff des „Diesel-Abgasskandals“ Schlagzeilen, da er mit einer Software ausgerüstet worden war, die erkannte, ob sich der Pkw im Prüfstand- oder im Realbetrieb befand und im Prüfstandbetrieb die Stickoxide in den ausgestoßenen Abgasen reduzierte, wodurch die Grenzwerte der für die mit dem EA 189-Motor ausgestatteten Fahrzeuge maßgeblichen Euro 5-Norm eingehalten werden konnten.

Mit Schreiben vom 29.11.2019 hat der Prozessbevollmächtigte der Klägerseite die Beklagte zur Rückabwicklung binnen zwei Wochen aufgefordert.

Von einer Rückrufaktion des KFB ist der streitgegenständliche Wagen nicht betroffen, ebenso wenig liegt für den Pkw zur Vermeidung überhöhter Stickoxidausstoße ein Software-Update vor.

Die Klägerseite trägt vor, dass sie mit dem streitgegenständlichen Pkw ein umweltverträgliches sowie wertstabiles Fahrzeug habe erwerben wollen. Das sei jedoch nicht der Fall, denn das streitgegenständliche Fahrzeug sei manipuliert. Die Beklagte habe sog. Strategien der Zykluserkennung verwendet, womit die Emissionswerte im Realbetrieb um ein Vielfaches überschritten würden. Eine experimentelle Abgasmessung auf dem Rollenprüfstand (NEFZ) führe zu anderen Ergebnissen wie im realen Fahrbetrieb (RDE). Das - unstreitig verbaute - sog. Thermofenster stelle eine unzulässige Abschalteinrichtung dar. Der [REDACTED] ist der Auffassung, die Beklagte hafte daher aus unerlaubter Handlung. Der Kilometerstand am Tag der mündlichen Verhandlung (04.01.2021) habe 76.429 km betragen.

Nachdem die Klägerseite zunächst unter Ziff. 1 eine Verurteilung der Beklagten zur Zahlung von 28.198,14 EUR beantragt hat abzüglich einer Nutzungsentschädigung, hat die Klägerseite ihre Anträge mit Schriftsatz vom 30.12.2020, vgl. Antrag in der mündlichen Verhandlung vom 04.01.2021, teilweise neu gefasst.

Die Klägerseite stellt zuletzt folgende Anträge:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an den [REDACTED] 23.686,19 EUR nebst Zinsen hieraus in Höhe von 5% über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 13. Dezember 2019 zu zahlen. Die Verurteilung erfolgt Zug-um-Zug gegen
 - Herausgabe des Fahrzeugs der Marke VW vom Typ Golf VI 2.0 TDI Cabrio mit der FIN: [REDACTED] nebst zwei Fahrzeugschlüsseln, Kfz-Schein und Serviceheft,

- Übertragung des Anwartschaftsrechts an dem Fahrzeug,
- Abtretung etwaiger Herausgabeansprüche an dem Fahrzeug und dem Fahrzeugbrief gegenüber der Volkswagen Bank GmbH aus dem Darlehensvertrag Nr. 1056611388, welchen der [REDACTED] mit der Volkswagen Bank GmbH am 12. Januar 2018 hinsichtlich des vorgenannten Fahrzeugs geschlossen hat.

Hilfsweise wird beantragt:

2. Es wird festgestellt, dass die Beklagte verpflichtet ist, dem [REDACTED] Schadensersatz zu zahlen für Schäden, die aus dem Einbau einer unzulässigen Abschaltvorrichtung i. S. V. Art. 5 Abs. 2 EG-VO 715/2007 durch die Beklagte in das Fahrzeug der Marke VW vom Typ Golf VI 2.0 TDI Cabrio mit der FIN [REDACTED] resultieren.

Weiter wird beantragt:

3. Es wird festgestellt, dass sich die Beklagte mit der Annahme der in vorgenannten Klageanträgen genannten Zug-um-Zug-Leistung im Annahmeverzug befindet.
4. Es wird festgestellt, dass der in Antrag zu 1) bezeichnete Anspruch aus einer vorsätzlichen unerlaubten Handlung der Beklagten herrührt.
5. Die Beklagte wird verurteilt, den [REDACTED] von den durch die Beauftragung der Prozessbevollmächtigten des [REDACTED] entstandenen Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von 2.077,74 EUR freizustellen.

Die Beklagte beantragt,

Klagabweisung.

Die Beklagte behauptet, in dem streitgegenständlichen Motor sei bereits deshalb keine unzulässige Abschalteinrichtung verbaut worden, da das Kraftfahrt-Bundesamt den Motortyp EA 288 eingehend überprüft und in Kenntnis der dort zum Einsatz kommenden Technik freigegeben habe. Bei der im Fahrzeug eingebauten Fahrkurve handele es sich nicht um eine unzulässige Abschalteinrichtung.

■

Wegen des weiteren Parteivortrags wird auf die gewechselten Schriftsätze und die Verhandlungsprotokolle vom 05.10.2020 sowie 04.01.2021 verwiesen.

Entscheidungsgründe

1.

Die zulässige Klage ist im Wesentlichen begründet.

Die Klägerseite hat Anspruch auf Zahlung von 19.379,22 EUR (Rückzahlung des Kaufpreises von 27.000,01 € abzüglich einer Nutzungsentschädigung von 7.620,79 €) nebst Zinsen hieraus in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit 13.12.2019 Zug-um-Zug gegen Übereignung und Herausgabe des streitgegenständlichen Fahrzeugs (1.). Der Anspruch auf Feststellung des Annahmeverzugs ist ebenfalls begründet (2.), wohingegen die Klage im Übrigen abzuweisen war, insbesondere auch hinsichtlich der vorgerichtlichen Rechtsanwaltskosten (3.).

I) Der Klagantrag Ziffer 1 ist im Wesentlichen begründet. Die Klägerseite hat einen Anspruch aus §§ 826, 31 BGB auf Schadensersatz, da die Beklagte vorsätzlich und sittenwidrig über die Mangelfreiheit des klägerischen PKW getäuscht hat und die Klägerseite damit in Form des Abschlusses eines wirtschaftlich nachteiligen Vertrags geschädigt hat. Von dem geltend gemachten Betrag abzuziehen war - wie beantragt - Nutzungsersatz für die Benutzung des Pkws bis zum Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung.

a) Die schädigende Handlung liegt in der sittenwidrigen Täuschung über die Mangelfreiheit des streitgegenständlichen VWs, den die Klägerseite erworben hat, denn die Beklagte hat konkludent und wahrheitswidrig erklärt, dass der PKW uneingeschränkt im Straßenverkehr einsetzbar und mangelfrei ist, obwohl in dem Fahrzeug eine Zykluserkennung verbaut wurde und sich die SCR-Dosierungsstrategie im Zyklus und außerhalb des Zyklus unterscheiden (vgl. Anlagen K2).

(1) Ein argloser Käufer darf mangels eigener Prüfungsmöglichkeiten der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben zur technischen Ausstattung darauf vertrauen, dass der Kaufgegenstand bei Erwerb mangelfrei ist und alle gesetzlichen Vorgaben eingehalten wurden. Der erworbene PKW war nicht mangelfrei, da im vorliegenden Pkw unstreitig eine Fahrkurve verbaut ist. Die Software erkennt, ob sich das Fahrzeug im normalen Straßenverkehr oder

- (2) auf dem Rollenprüfstand befindet. Diese Fahrkurve ist entgegen der Auffassung der Beklagten unzulässig gemäß Art. 3 Nr. 10, Art. 5 Abs. 2 VO (EG) 715/2007.
- (3) Nach Art. 5 Abs. 1 VO 715/2007/EG hat der Hersteller von ihm gefertigte Neufahrzeuge dergestalt auszurüsten, dass die Bauteile, die das Emissionsverhalten voraussichtlich beeinflussen, so konstruiert, gefertigt und montiert sind, dass das Fahrzeug unter normalen Betriebsbedingungen den Vorgaben der Verordnung und ihren Durchführungsmaßnahmen entspricht. Damit soll sichergestellt werden, dass sich die vorgegebenen Emissionsgrenzwerte auf das tatsächliche Verhalten der Fahrzeuge bei ihrer Verwendung beziehen (vgl. Erwägungsgrund 12 der VO 715/2007/EG) und dass die zur Verbesserung der Luftqualität und zur Einhaltung der Luftverschmutzungsgrenzwerte erforderliche erhebliche Minderung der Stickoxidemissionen bei Dieselfahrzeugen (vgl. Erwägungsgrund 6 der VO 715/2007/EG) erreicht wird (BGH, Beschluss vom 08. Januar 2019 - VIII ZR 225/17 -, Rn. 10, juris). Eine Vorrichtung, welche den Teststandbetrieb erkennt und dann Änderungen im Fahrverhalten herbeiführt, welche den Schadstoffausstoß beeinflussen, ist unzulässig. Der Begriff des „Emissionskontrollsystems“ in Art. 3 Nr. 10 der Verordnung ist entsprechend dem vorgenannten Sinn und Zweck der Verordnung weit auszulegen und erfasst z.B. auch veränderte Schaltpunkte. Bei der im streitgegenständlichen Fahrzeug verbauten Zykluserkennung handelt es sich um eine solche unzulässige Abschalt-einrichtung.
- (4) Ob ohne das Programm die Grenzwerte noch eingehalten würden, kann dahinstehen. Auch eine Verbesserung der Werte innerhalb der Grenzwerte durch eine Teststanderkennung ist unzulässig. Es ist offensichtlich, dass es für Kunden und auch für die Umwelt nicht gleichgültig ist, ob ein Grenzwert gerade noch eingehalten oder weit unterschritten wird. Zudem soll der normierte Abgastest unter anderem auch die Vergleichbarkeit verschiedener Fahrzeuge ermöglichen. Ob das KBA das anders sieht, ist unerheblich; eine Rechtsausübungspraxis einer Behörde begründet weder deren Rechtmäßigkeit noch eine Vermutung dafür. Dass das Kraftfahrzeugbundesamt den streitgegenständlichen Pkw bislang nicht zurückgerufen hat, ist unerheblich.
- (5) Die Voraussetzungen des Art. 5 Abs. 2 Satz 2 VO 715/2007/EG, wonach in bestimmten Fällen die Verwendung von Abschalt-einrichtungen ausnahmsweise zulässig ist, wurden von der Beklagten nicht hinreichend dargelegt.
- (6) Im Ergebnis erfolgten Prüfung und Zulassung des Fahrzeugs nicht ordnungsgemäß. Die Klägerseite muss jederzeit mit dem Widerruf der Typengenehmigung oder einer Betriebs-

(7) untersagung /-beschränkung rechnen.

b) Diese Täuschung ist sittenwidrig. Sittenwidrig ist ein Verhalten, das nach seinem Gesamtcharakter, der durch umfassende Würdigung von Inhalt, Beweggrund und Zweck zu ermitteln ist, gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden verstößt. Dafür genügt es im Allgemeinen nicht, dass der Handelnde eine Pflicht verletzt und einen Vermögensschaden hervorruft. Vielmehr muss eine besondere Verwerflichkeit seines Verhaltens hinzutreten, die sich aus dem verfolgten Ziel, den eingesetzten Mitteln, der zutage getretenen Gesinnung oder den eingetretenen Folgen ergeben kann (st. Rspr., vgl. nur Senatsurteile vom 28. Juni 2016 - VI ZR 536/15, WM 2016, 1975 Rn. 16 mwN; vom 7. Mai 2019 - VI ZR 512/17, NJW 2019, 2164 Rn. 8 mwN). Schon zur Feststellung der Sittenwidrigkeit kann es daher auf Kenntnisse, Absichten und Beweggründe des Handelnden ankommen, die die Bewertung seines Verhaltens als verwerflich rechtfertigen. Die Verwerflichkeit kann sich auch aus einer bewussten Täuschung ergeben (Senatsurteil vom 28. Juni 2016 - VI ZR 536/15, WM 2016, 1975 Rn. 16 mwN). Insbesondere bei mittelbaren Schädigungen kommt es ferner darauf an, dass den Schädiger das Unwerturteil, sittenwidrig gehandelt zu haben, gerade auch in Bezug auf die Schäden desjenigen trifft, der Ansprüche aus § 826 BGB geltend macht (Senatsurteil vom 7. Mai 2019 - VI ZR 512/17, NJW 2019, 2164 Rn. 8 mwN; s.a. BGH vom 25.05.2020 - VI ZR 252/19). Die Sittenwidrigkeit der Täuschung liegt vorliegend nicht in dem verfolgten Ziel der Beklagten, dem Gewinnstreben, sondern in der Zweck-Mittel-Relation, da zur Erreichung dieses Ziels die Schädigung einer hohen Zahl an Personen, ein hoher Sachschaden, sowie eine verstärkte Umweltschädigung in Kauf genommen wurde und durch das Wissensgefälle - hinsichtlich der technischen Funktionsweise der Software - zwischen einem Käufer wie dem [REDACTED] und der Beklagten als Hersteller nur ein sehr geringes Entdeckungsrisiko bestand (s.a. BGH, Urteil vom 25. Mai 2020 - VI ZR 252/19). Die Beklagte hat einen Teil der Motoren vom Typ EA288 mit einer unzulässigen Abschaltvorrichtung nach Art. 5 Abs. 2 VO 715/2007/EG ausgestattet (vgl. BGH, Beschluss vom 08.01.2019, Az. VIII ZR 225/17, Rn. 6 ff.). Durch das Inverkehrbringen dieser Motoren hat sie konkludent zum Ausdruck gebracht, dass die hiermit ausgestatteten Fahrzeuge uneingeschränkt im Straßenverkehr eingesetzt werden können.

c) Der Klägerseite ist ein Schaden entstanden, weil sie einen ihm wirtschaftlich nachteiligen Kaufvertrag über einen mangelhaften VW abgeschlossen hat, §§ 826, 249 I BGB. Ein Schaden ist grundsätzlich nach der Differenzhypothese zu ermitteln. Ein Schaden ist danach die Differenz zwischen dem tatsächlichen Vermögen und dem Vermögen, das der Geschädigte hypothetisch gehabt hätte, wenn das schädigende Ereignis nicht eingetreten wäre. Jedoch ist nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ein Schaden nicht von vornherein ausgeschlossen, wenn es die Differenzhypothese nicht zu einem rechnerischen Schaden führt. Sie muss stets ei-

d) Der normativen Kontrolle unterzogen werden, weil sie eine wertneutrale Rechenoperation darstellt (Senatsurteil vom 28.10.14 - VI ZR 15/14, WM 2014, 2318 Rn.17 mwN). Beim Kaufvertrag durch sittenwidrige Schädigung ist ausreichend, wenn der Käufer mit einer ungewollten Verpflichtung belastet wurde, was gegeben ist, wenn der Kaufgegenstand nicht brauchbar ist (s.a. BGH, Urteil vom 25. Mai 2020 - VI ZR 252/19). Vorliegend hat der ■■■■■ einen Kaufvertrag über ein Fahrzeug geschlossen, bei dem er jederzeit damit rechnen muss, dass die Typgenehmigung widerrufen wird. Hinzu kommt, dass die Abgaswerte nicht jenen entsprechen, die die Klägerseite bei Kauf des Fahrzeugs aufgrund der Fahrzeugbeschreibung und der gesetzlichen Grenzwerte erwarten durfte. Zwar geht der Kunde insoweit davon aus, dass die bekanntermaßen unter Laborbedingungen ermittelten Werte im Alltagsbetrieb regelmäßig nicht erreicht werden können. Er erwartet jedoch nicht, dass diese normale Abweichung durch den Einsatz einer verbotenen Software vergrößert wird. Erworben hat die Klägerseite daher ein im kaufrechtlichen Sinne mangelhaftes Fahrzeug. Aufgrund der vorgenannten Nachteile entsprach das Fahrzeug nicht den Vorstellungen der Klägerseite, so dass diese geschädigt wurde. Es ist bereits nach der allgemeinen Lebenserfahrung davon auszugehen, dass ein Fahrzeugkäufer stillschweigend davon ausgeht, dass das erworbene Fahrzeug mangelfrei ist, den gesetzlichen Vorschriften genügt und ohne Einschränkungen am öffentlichen Straßenverkehr teilnehmen darf und dass diese Vorstellungen für seinen Kaufentschluss von Bedeutung sind (vgl. BGH, Urteil vom 12. Mai 1995 - V ZR 34/94-, Rn. 17, juris; Harke, VuR 2017, 83, 90). Soweit diese Vorstellung falsch ist, da die in der Typgenehmigung ausgewiesenen Werte nur durch Einsatz einer verbotenen Abschaltvorrichtung erreicht wurden, liegt mit dem Erwerb des Fahrzeugs ein Schaden vor.

e) Die sittenwidrige Täuschung war für den Schaden, den Abschluss des Kaufvertrags, kausal. Die Klägerseite trägt glaubhaft vor, den streitgegenständlichen Pkw als wertbeständiges und umweltfreundliches, besonders abgasarmes Fahrzeug erworben zu haben. Dabei ist es für die Kausalität nicht schädlich, wenn es mehrere Kaufmotive gab (vgl. OLG Karlsruhe, Hinweis-Beschluss vom 05.03.2019, Az. 13 U 142/18, m.w.N; Schleswig-Holsteinisches OLG v. 19.03.2020 - AZ. 7 U 100/19). Die weiteren Motive für die Wahl des konkreten Modells treten zudem gegenüber der Zulassungsfähigkeit in den Hintergrund, weil dieser Mangel den elementaren Zweck des Autokaufs, nämlich die Fortbewegung auf öffentlichen Straßen, gefährdet (vgl. OLG Karlsruhe, Beschluss vom 05. März 2019 - 13 U 142/18). Das Gericht ist davon überzeugt, dass die Klägerseite den Kaufvertrag über den streitgegenständlichen Pkw nicht geschlossen hätte, wenn sie von der Mangelhaftigkeit durch die Software gewusst hätte.

f) Die Beklagte handelte vorsätzlich. Sie muss sich das Wissen und Wollen ihrer Vorstandsmitglieder gern. § 31 BGB analog zurechnen lassen, da sie dem Klägervortrag nicht ausreichend

g) entgegengetreten ist.

h) (aa) Die Klägerseite hat die Kenntnis der Vorstandsmitglieder hinreichend substantiiert behauptet. Da die Klägerseite keinen Einblick in die inneren Abläufe bei der Beklagten hat und deswegen dazu nicht im Einzelnen vortragen kann, ist Prüfungsmaßstab lediglich, ob der Vortrag ohne greifbare Anhaltspunkte ins Blaue hinein erfolgt (vgl. Zöller, ZPO, 33. Aufl., vor § 284 Rn. 34). Dies ist zu verneinen, da es naheliegend ist, dass der Einbau der Software in zahlreiche Fahrzeuge nicht ohne Wissen des Vorstandes erfolgen konnte.

i) (bb) Die klägerische Behauptung hat die Beklagte nicht substantiiert bestritten. Einfaches Bestreiten genügt nicht. Die Beklagte müsste vielmehr - ebenso wie in den Fällen, die den Motor- typ EA 189 betreffen - aufgrund der sie treffenden sekundären Beweislast darlegen, wie es zum Einbau des Programms ohne Kenntnis des Vorstandes gekommen ist.

j) (cc) Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass auch bereits die Handlung eines Verrichtungs- gehilfen gem. § 831 BGB die Haftung der Beklagten begründen würde.

k) Es ist der Kaufvertrag rückabzuwickeln, da gem. § 249 I BGB der Zustand wiederherzustellen ist, der ohne das schädigende Ereignis bestünde. Allerdings darf der Geschädigte nicht besser als vorher gestellt werden und muss sich jegliche Vorteile anrechnen lassen, die ihm durch das schädigende Ereignis entstanden sind (Ebert in: Erman, BGB, 16. Aufl. 2020, Vorbemerkung vor § 249 BGB, Rn.82, 88 ff.), insbesondere die gezogenen Nutzungen (vgl. BGH, Urteil vom 25.05.2020, Az. VI ZR 252/19). Der Schaden bemisst sich am Bruttokaufpreis abzüglich des Nutzungsvorteils, wobei sich der Nutzungsvorteil errechnet aus dem Bruttokaufpreis multipliziert mit der seit Erwerb gefahrenen Strecke, dann geteilt durch die erwartete Restlaufzeit im Erwerbszeit- punkt.

l) Bruttokaufpreis x gefahrene Strecke seit Erwerb

m) Nutzungsvorteil = _=====

n) Erwartete Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt

o) $(27.000,01 \text{ €} \times (76.429 \text{ km} - 8.173 \text{ km}) : (250.000 \text{ km} - 8.173 \text{ km}))$

p) Vorliegend beträgt der Nutzungsvorteil 7.620,79 €, der Schaden damit 19.379,22 €. Die Gesamt- laufleistung schätzt das Gericht gem. § 287 ZPO auf 250.000 km.

q) Der zu zahlende Betrag ist gern. § 291 BGB ab dem 13.12.2019 mit einem Zinssatz von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz zu verzinsen. Mit Schreiben vom 29.11.2019 wurde die Beklagte in einer den Annahmeverzug begründenden Art und Weise zur Rückabwicklung binnen zwei Wochen aufgefordert.

2. a) Der Antrag auf Feststellung des Annahmeverzugs ist begründet, da die Klägerseite die Übergabe und Übereignung des streitgegenständlichen VW gegen Rückzahlung des Kaufpreises abzüglich einer Nutzungsentschädigung in einer den Annahmeverzug begründenden Weise angeboten hat, was von der Beklagten nicht angenommen wurde (§ 293 BGB).

r) b) Der auf Feststellung gerichtete Klageantrag, dass der Schadensersatzanspruch des [REDACTED] aus einer vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlung der Beklagten herrührt, ist unzulässig. Es fehlt das dazu erforderliche Rechtsschutzbedürfnis (vgl. nur OLG Karlsruhe, Urteil vom 24. März 2020 - 17 U 122/19, Rn. 64ff. juris). Die Beklagte ist kein Arbeitnehmer. Gemäß § 850f Abs.

s) 2 ZPO kann das Vollstreckungsgericht, wenn die Vollstreckung „wegen einer Forderung aus einer vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlung betrieben“ wird, auf Antrag des Gläubigers den pfändbaren Teil des Arbeitseinkommens ohne Rücksicht auf die in § 850c ZPO vorgesehenen Beschränkungen bestimmen (BeckOK ZPO/[REDACTED], 32. Ed., § 850f Rn. 28). Die Vorschrift des § 302 Nr. 1 InsO über die Restschuldbefreiung betrifft die Beklagte als juristische Person nicht. Restschuldbefreiung kann nach § 286 InsO ausschließlich eine natürliche Person erlangen (Uhlenbruck/Sternal, InsO, 15. Aufl., § 286 Rn. 2). Es ist weiter nicht dargetan, dass sich die Beklagte einer Gegenforderung berührt. Eine Aufrechnungslage, die die Anwendung des § 393 BGB eröffnen würde, behauptet der [REDACTED] nicht.

3. Ersatz vorgerichtlicher Rechtsanwaltskosten schuldet die Beklagte nicht. Zwar können auch solche Kosten zu dem nach §§ 826, 249 BGB ersatzfähigen Schaden gehören. Allerdings sind nur diejenigen adäquat verursachten Rechtsverfolgungskosten nach § 249 Abs. 1 BGB zu ersetzen, die aus Sicht des Schadensersatzgläubigers zur Wahrnehmung und Durchsetzung seiner Rechte erforderlich und zweckmäßig waren (BGH, Urteil vom 23. Oktober 2003 - IX ZR 249/02 -, Rn. 32, juris). Daran fehlt es. Da die Beklagte Schadensersatzansprüche in Fällen, die den Motorpy EA 288 betreffen, regelmäßig ablehnt, erscheint eine allgemeine „Geltendmachung“ sinnlos (vgl. - zu VW - insgesamt OLG München, Hinweisbeschluss v. 12.6.2018 - 8 U 3169/17, BeckRS 2018,11579, beck-online mwN).

t) II.

1. Die prozessualen Nebenentscheidungen beruhen auf den §§ 92 Abs. 2 Nr. 1, 709 S. 2 ZPO.
2. Der Streitwert bemisst sich nach dem Kaufpreis abzüglich des Nutzungsersatzes, §§ 48 Abs. 1 S. 1, 40 GKG, § 3 ZPO. Die Feststellungsanträge hatten bei der Streitwertberechnung keine eigenständige Bedeutung. Soweit der [REDACTED] den Klageantrag zu Ziff. 1 in der mündlichen Verhandlung im Hinblick auf die Schadensersatzforderung reduziert hat, wirkt sich dies auf die Streitwertfestsetzung nicht aus. Nach § 40 GKG ist für die Wertberechnung der Zeitpunkt der den Rechtszug einleitenden Antragsstellung, mithin in erster Instanz der Eingang der Klageschrift maßgeblich.

u) Rechtsbehelfsbelehrung:

v) Gegen die Entscheidung kann das Rechtsmittel der Berufung eingelegt werden. Die Berufung ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 600 Euro übersteigt oder das Gericht des ersten Rechtszuges die Berufung im Urteil zugelassen hat.

w) Die Berufung ist binnen einer Notfrist von **einem Monat** bei dem

- x) Oberlandesgericht Karlsruhe
- y) [REDACTED]
- z) [REDACTED]

aa) einzulegen.

bb) Die Frist beginnt mit der Zustellung der vollständigen Entscheidung, spätestens mit Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung der Entscheidung.

cc) Die Berufung muss mit Schriftsatz durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt eingelegt werden. Die Berufungsschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung und die Erklärung enthalten, dass Berufung eingelegt werde.

dd) Die Berufung muss binnen zwei Monaten mit Anwaltsschriftsatz begründet werden. Auch diese Frist beginnt mit der Zustellung der vollständigen Entscheidung.

ee) Gegen die Entscheidung, mit der der Streitwert festgesetzt worden ist, kann Beschwerde eingelegt werden, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt oder das Gericht die Beschwerde zugelassen hat.

ff) Die Beschwerde ist binnen **sechs Monaten** bei dem

- gg) Landgericht Offenburg
- hh) [REDACTED]
- ii) [REDACTED]

jj) einzulegen. >

kk) Die Frist beginnt mit Eintreten der Rechtskraft der Entscheidung in der Hauptsache oder der anderweitigen Erledigung des Verfahrens. Ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf der sechsmonatigen Frist festgesetzt worden, kann die Beschwerde noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mit-

ll) Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden. Im Fall der formlosen Mitteilung gilt der Beschluss mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht.

mm) Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle des genannten Gerichts. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei dem oben genannten Gericht eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

nn) Rechtsbehelfe können auch als elektronisches Dokument eingelegt werden. Eine Einlegung per E-Mail ist nicht zulässig. Wie Sie bei Gericht elektronisch einreichen können, wird auf www.ejustice-bw.de beschrieben.

oo) Dr. [REDACTED]

pp) Richterin am Landgericht

qq) Verkündet am 01.03.2021

rr) [REDACTED], [REDACTED]e
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

ss) Beglaubigt

tt) [REDACTED], 02.03.2021

uu) [REDACTED]

vv) Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

ww) Durch maschinelle Bearbeitung beglaubigt
- ohne Unterschrift gültig

